

# „Sie täten morgen kommen wolle“

SPIEGEL-Redakteur Olaf Ihlau über Kaliningrad und die Deutschen

**G**eleentlich wünscht sich der Gebietspartei-  
chef Jurij Nikolajewitsch Semjonow, 52, es würde in seiner Domäne Kaliningrad, dem früheren preußischen Königsberg, noch weit mehr Werktätige mit jenem properen Arbeitsethos geben, wie es die „fleißigen und ehrlichen Deutschen auszeichnet“. Denn allzu viele seiner russischen Landsleute, diese Erkenntnis schöpft der gelernte Agronom aus den trüben Erfahrungen seiner Zeit als Leiter einer Sowchose, halten es mit der gemächlichen Lebensmaxime: „Die Arbeit ist kein Wolf, der in den Wald davonläuft.“

Bei den Deutschen, auch ihren russisch verfremdeten Vettern, den Sowjetdeutschen, hätte wohl selbst der Wolf Mühe, das rettende Dickicht zu erreichen. Dieser Eindruck jedenfalls hat sich bei Jurij Semjonow festgesetzt. Aber solche Bewunderung schlägt bisweilen um in moroses Unbehagen. Denn was geschieht, wenn die Deutschen in ihrem obsessiven Ehrgeiz zu tüchtig sind?

Darauf weiß der Apparatschik der alten Breschnew-Schule nur eine Antwort: Man darf eben nicht zu vielen von ihnen Gelegenheit geben, tüchtig zu sein, muß ihren Zuzug zumal zu einem

Flecken dosieren, der einmal 700 Jahre lang deutscher Siedlungsraum gewesen war.

Noch vor drei Jahren lebten in der militärischen Sperrzone Kaliningrad kaum 200 Deutschstämmige. Aber die Sturmwohle der aus ihren mittelasiatischen Siedlungssprengeln nach Westen brandenden Sowjetdeutschen hat unterdessen gut 4000 von ihnen in das sowjetische Ostpreußen gespült. Auftakt zu einer Masseneinwanderung, gar zur kalten Re-Germanisierung? Erschreckt weist Jurij Semjonow derartige Gedanken zurück: „Das würde die Atmosphäre hier aufheizen, und wir schätzen die Stabilität unserer zwischennationalen Beziehungen.“

Nirgendwo im europäischen Teil des zerberstenden Sowjetimperiums gibt es eine reichere ethnische Vielfalt als in seinem westlichsten Winkel: Auf 106 Nationalitäten verteilen sich die 930 000 Bewohner des „Gebiets Kaliningrad“, das – ohne Landverbindung, getrennt durch Litauen – administrativ der Russischen Sowjetrepublik angeschlossen ist. Das Gros, gut 70 Prozent, stellen Russen, Ukrainer, Weißrussen. Sie alle sind Pioniere hier, ins Land gekommen nach der Vertreibung jener 1,2 Millionen

Deutschen, die einst in diesem nördlichen Teil Ostpreußens, einer Kornkammer des Reichs, gelebt hatten.

Als die Rote Armee im April 1945 zum Sturm auf Königsberg ansetzte, lag der historische Kern der Preußen-Zitadelle schon in Schutt und Asche: Er war bei den Luftangriffen der Briten im Feuerball der Phosphorbomben verglüht.

Nach der Kapitulation – „Festungskommandant“ General Otto Lasch streckte die Waffen erst, als es auch um seine eigene Haut ging – vegetierten in den Ruinen der Stadt noch 110 000 Deutsche. Bis 1949 waren sie verschwunden – verschleppt, umgekommen, in den Westen umgesiedelt. Den Siegern diente das vormalige sowjetische Staatsoberhaupt Kalinin als Namenspatron für eine im gesichtslosen Einheitsstil neu aufgebaute „Stadt ohne Vergangenheit und Seele“ (Lew Kopelew).

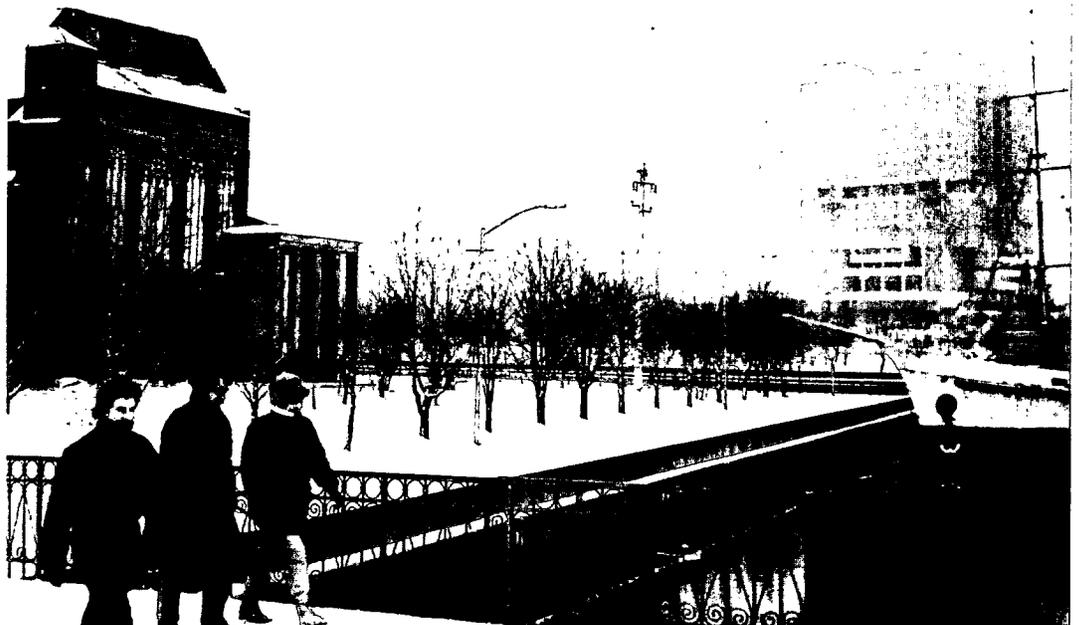
So sehen das unterdessen auch Kaliningrads heutige Regenten. Der agile Bürgermeister Nikolai Chromenko, 55, würde am liebsten das widerwärtigste Monster sozialistischer Stadterneuerung in die Luft jagen, das Haus der Räte. Der Betonkoloß dräut dort, wo auf Geheiß Moskaus 1966 die Ruine des alten



Chromenko



Semjonow



Stadtchefs von Kaliningrad, Zentrum mit Domruine und Haus der Räte: „Ohne Vergangenheit und Seele“



**Königsberg nach dem Luftangriff 1944: Im Feuerball verglüht**

Königsschloss als vermeintliches „Symbol des Neonazismus und Revanchismus“ weggesprengt worden war – trotz erstaunlich mutiger Proteste der Kaliningrader Neubürger, wie soeben eine Dokumentation der *Moskauer Nachrichten* belegte.

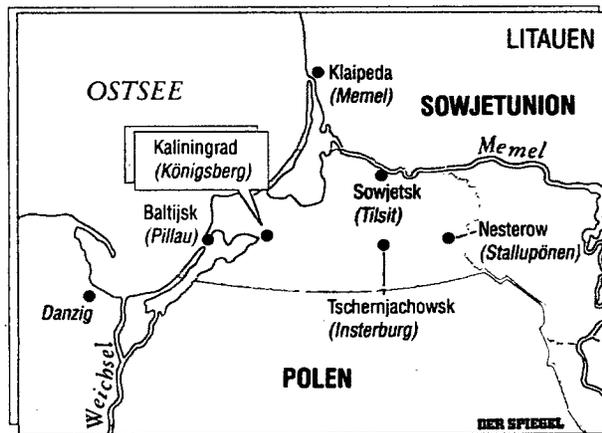
Den Traum, das Betonmonster mit Dynamit zu erledigen, wird sich Chromenko, ein Mann aus Stawropol wie der große Gorbatschow, schwerlich erfüllen können. Statt dessen werden in der Sowjetfeste wohl jene Firmen und Bankfilialen mit ihren Büros einquartiert, die Kaliningrad aus Westeuropa und Skandinavien anzulocken hofft, wenn die Stadt am Pregel nach 45 Jahren hinter Militärräunen aus ihrem Dornröschenschlaf erweckt wird, um sich zu einer Wirtschaftssonderzone zu mutieren.

Den erlösenden Kuß sollen kapitalistische Prinzen applizieren: Touristen, Wirtschaftsmanager, Bankiers. Es hat verbissener Kämpfe bedurft, ehe die Militärs sich die alleinige Verfügungsgewalt über diese Sperrzone entwinden ließen, in der 200 000 Sowjetarmisten stationiert sind – mit Blick nach Westen wie auf das Baltikum.

Immerhin ließ Moskau jetzt eine teilweise Öffnung des Sperrgebiets für ausländische Besucher zu. Bürgermeister Chromenko ist froh, wenigstens diesen Erfolg erstritten zu haben. Der Stadtchef, „ein Kind der Perestroika“, weiß nur zu gut, daß in dieser Militärprovinz „der dogmatische Wind noch verdammt kräftig weht“.

So kräftig, daß sich Zweifel auftürmen, ob aus den Plänen, die bisherige Sperrzone als Freihandelszone in eine

Drehscheibe an der Ostsee zu verwandeln, so bald was werden kann. Den Beschluß, diese abgeschottete Militärenklave, mit dem Kriegshafen Baltijsk (Pillau) wichtigster Marinestützpunkt der Sowjets am Bernsteinmeer, zum „Wirtschaftssondergebiet“ umzurüsten, hatte im vergangenen Juli das Parlament der Russischen Sowjetrepublik unter Boris Jelzin getroffen.



Doch viel mehr als dieser hehre Beschluß kam bisher nicht zustande. Denn wie das ambitionöse Projekt finanziert werden soll, welche ausländischen Firmen etwa für Joint-ventures im „Industriepark Kaliningrad“ mit besonderen Steueranreizen gewonnen werden könnten, darüber gibt es kaum konkrete Vorstellungen. Und hier sind dann auf einmal die Deutschen wieder mit im Spiel, als gesuchte Berater und vermutlich auch potente Kooperationspartner.

Christians unlängst der Moskauer Zentralregierung vorgelegt. Und er hat sich dafür bei der *Financial Times* die bissige Schlagzeile eingehandelt, die Deutsche Bank ziehe nunmehr „in die Schlacht um Königsberg“.

Ähnliche Besorgnisse, wen wundert's, sind nun freilich auch in Kaliningrad selbst zu registrieren. Da mag es unter den 465 000 Einwohnern der Stadt nicht wenige geben, für die der Wiedereinzugs deutscher Kapitals der Start zu einem Horrortrip wäre. „Viele fragen sich: Was wird dann in zehn Jahren sein?“ sagt die russische Architektin Ljudmila Schelepowa, die den Deutschen und ihrer Kultur ausgesprochen aufgeschlossen gegenübersteht.

So hat denn, ein wenig das Geschäft der Vergiftung von Seelen

betreibend, Parteivize Alexander Sawkin jetzt vor Volksdeputierten in Moskau auf die „große Unruhe“ in Kaliningrad hingewiesen. Man befürchte, zum „Wechselgeld“ in den deutsch-russischen Beziehungen abgewertet und irgendwann einmal vom Westen „geschluckt“ zu werden. Später hat Sawkin ein Referendum über den Zuzug von Sowjetdeutschen verlangt, denn die seien „plötzlich schon alle da“.

Für Bürgermeister Chromenko ist die Forderung nach einem Referendum

Friedrich Wilhelm Christians zum Beispiel, der Ost-Experte unter den deutschen Spitzen-Bankiers.

Während der letzten Kriegswochen war der gebürtige Westfale als Chef einer Panzer-Aufklärungskompanie durch das Samland bei Königsberg gekurvt.

Heute ficht Christians, 68, als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank für die Vision, das nunmehr sowjetische Königsberg unter gesamt-europäischen Vorzeichen gleichsam zum Scharnierstück eines neuen Verständnisses zwischen Deutschen und Russen auszuformen. Eine erbetene Expertise über die Bedürfnisse einer Freihandelszone hat Christians

„diskriminierender Unsinn“. Die zwei Millionen Sowjetdeutschen seien schließlich Sowjetbürger. Damit könnten sie umziehen, wohin es ihnen beliebt. Das hört sich schön an, entspricht hingegen nicht so ganz der Realität. Der Nomenklatura von Parteiapparat und Administration stehen noch immer subtile Mechanismen der Repression zur Verfügung.

„Die Mehrheit will uns hier nicht haben“, spürt Viktor Harbach, 41, seit er mit einer Handvoll Sowjetdeutscher bei Kaliningrad eine Schweinezucht-Kooperative aufgebaut hat. Bisweilen schlägt ihm geifernder Haß entgegen.



**Kulturfonds-Vorsitzender Iwanow**  
„Eine eigene baltische Republik“

„Kulak, deutscher Kapitalist“, haben sie hinter ihm hergerufen in Romanowo, früher Pobethen, das heute ein verrotendes Dorf ist um eine Kirchenruine.

Doch der kleine, schnaubbärtige Sowjetdeutsche mit den tiefen Kerben um die Augenwinkel in einem verschmitzten Gesicht hat sich nicht kirre machen lassen. Anfeindungen ist Viktor Harbach gewöhnt: „Man will uns wirtschaftlich zusammenpressen wie überall in der Sowjetunion.“ In Duschambe, der Hauptstadt Tadschikistans, hat Harbach mit 20 Deutschen noch eine Auto-Kooperative laufen. Die Eltern, Wolgadeutsche, waren im Krieg von Stalins Deportationsbefehl in die asiatische Steppenzone gebracht worden.

Lange Zeit hatte man mit den Tadschiken problemlos zusammengelebt. Doch seit das Fieber des Nationalismus und islamischen Fundamentalismus die Regionen des vormaligen Turkestan erfaßte, sei kein Auskommen mehr möglich, sagt Harbach: „Die Russen und auch wir Deutschen werden weggejagt.“

Der große Exodus aus dem russischen Asien führt die meisten Sowjetdeut-



**Schweinezüchter Harbach: „Deutsche weggejagt“**



**Kassiererin in Museumsbunker: Preußische Wimpel**

schen bis in die Heimat ihrer Vorväter zurück: an Main, Rhein und Donau. Andere, vor allem jene in gemischten Ehen, suchen irgendwo im europäischen Teil des unruhigen Sowjetstaates Fuß zu fassen. Und da es mit der Wiederbelebung einer Deutschen Wolgarepublik offenbar nichts wird, setzen viele ihre Hoffnung nunmehr auf die „Kaliningrader Variante“.

Daß man im samländischen Romanowo auf Viktor Harbach nicht unbedingt gut zu sprechen ist, hat seine Gründe. Der sowjetdeutsche „Kulak“ setzte, kaum war der Pachtvertrag mit der Sowchase abgeschlossen, in seiner Schweinefarm nahezu die Hälfte der Belegschaft vor die Tür. Den Verbliebenen aber wurden die Gehälter um 40 Prozent auf 240 Rubel monatlich erhöht mit der Aussicht auf Gewinnbeteiligung. Harbachs Crew schaffte aus Duschambe Lastwagen und einen Trak-

tor herbei, kaufte Generatoren und eine neue Futteranlage. Der Tierbestand wurde aufgefrischt, er hat sich in einem halben Jahr auf 2400 Schweine verdoppelt.

„Bis jetzt haben wir 50 000 Rubel Verlust gemacht“, läßt Harbach die Risiken seines Unternehmens ahnen, das sich zudem auf keinerlei solides

Gesetzesfundament stützen kann. Laut Pachtvertrag, der für die sechs Hektar Land mit Stallungen auf 50 Jahre läuft und im Falle der Einführung des Privateigentums ein Vorkaufsrecht zusichert, muß die Kooperative 120 Tonnen Schweinefleisch jährlich an die Sowchase abliefern. Harbachs Rentabilitätsschwelle liegt bei der Produktion von wenigstens 30 Tonnen zusätzlich. Denn für eine Tonne Schweinefleisch lassen sich auf dem freien Markt derzeit 20 000 Rubel herauschlagen.

Viktor Harbach neigt nicht zum Prahlern. Er sieht sich selber in einer „unklaren Situation“, würde gern aus Duschambe seine 20 sowjetdeutschen Kumpels ebenfalls nach Kaliningrad

lotsen. Aber die Behörden blocken. Sie stellen keine Wohnungen zur Verfügung, obwohl doch das Umland vollgestopft ist mit verfallenden deutschen Bauernhäusern, die sich restaurieren ließen.

„Im Land ist Platz genug, aber se lasse uns mit nei“, zürnt Viktor Hoffmann, 38, im atavistischen Dialekt seiner Vorfahren. Die hatten sich 1768 aus dem Hessischen auf den großen Treck nach Osten begeben, und ihre Nachkommen waren dann um 1900 nach Kasachstan gelangt. Hoffmann, Absolvent der Leningrader Kulturhochschule und ein streitbarer Beunruhiger, leitet in Kaliningrad einen Freizeitklub.

Als Vorsitzender der unlängst gegründeten und bereits 2000 Mitglieder zählenden „Deutschen Kulturgemeinschaft Eintracht“ sind Hoffmann unzählige Anfragen von Sowjetdeutschen vor allem aus Mittelasien zugegangen.

„Sie täten morgen kommen wolle“, weiß Hoffmann. Gerade erst mußte er einen Besucher aus Alma-Ata vertrösten, der eine ganze Dorfgemeinschaft mit 800 Familien an die Ostsee führen will. Vorsichtiges Sondieren bei Kaliningrader Parteistellen stieß indes auf brüske Reaktionen. Hoffmann: „Se kreischn alle: Das gibt kei Deutschland hier.“

Gleichwohl ist das Interesse an Deutschland unter Kaliningrads Bürgern immens gewachsen, finden sich erstaunliche Zeugnisse eines unbefangenen Umgangs mit der preußischen Historie dieser Stadt. „Die neue Generation ist offen und lechzt nach Kontakt mit den Deutschen“, sagt Chromenko.

An den Schulen verdrängt Deutsch das Englische als erste Fremdsprache. An Zeitungskiosken, selbst an der Museumskasse im einstigen Festungsbunker des Generals Lasch, werden Anstecknadeln, Wappenschilder und Wim-

Iwanow, eine Erscheinung von geistvoller Lebendigkeit und mit weißhaarigem Löwenhaupt, sucht durch Verbindungen nach Deutschland soviel wie möglich vom Kulturerbe Königsbergs zu bewahren oder zu reimportieren. Ein Museum wird entstehen mit Werken von Simon Dach, Julius Rupp, Käthe Kollwitz. Im Herbst soll der größte Sohn der Stadt, der Philosoph Immanuel Kant, als Denkmal wieder auf seinem alten Sockel postiert werden, ein auf Initiative der Zeit-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff gefertigter Neuguß der Statue.

Für den Wiederaufbau der Kathedrale, den die Russisch-orthodoxe Kirche und Deutschlands Protestanten gemeinsam anstreben, werden noch 22 Millionen Mark gesucht. Da wäre es schon günstig, wenn Jurij Iwanow bald als Schatzsucher fündig würde – etwa bei der Suche nach dem legendären, in

auskommando der Umsiedler hatte die Rinder-Sowchose „Kuibyschew“ im Frühsommer Privatland, Stallungen, alte Bauernhäuser versprochen.

„Nichts davon wurde eingehalten“, zieht Alexander Jansen, 27, eine deprimierende Zwischenbilanz, „man will uns hier nur als gute Kolchosearbeiter haben, nicht aber als konkurrierende Privatfarmer.“ Hinzu kommt, daß der Monatslohn mit 160 Rubel ein sattes Drittel unter den Bezügen liegt, den die Sowjetdeutschen bei ihrer kirgisischen Kolchose „Roter Sonnenaufgang“ erhielten, daß die verwohnten Unterkünfte besseren Hundehütten gleichen.

Noch will Alexander Jansen nicht aufstecken. „Irgendwann muß sich doch auch in der Landwirtschaft das Privateigentum durchsetzen“, glaubt er. Doch Jansens Frau Ella, 30, eine abgehärmte Kindergärtnerin mit rotbraunem Lockenkopf, hält diese Hoffnungen für Gaukelei.

„In diesem Land wird sich nie was ändern“, sagt sie. Und sie plädiert dafür, wie die meisten ihrer Freunde schon mal die erforderlichen Papiere vorzubereiten – für die Weiterreise nach Deutschland.



**Sowjetdeutsches Ehepaar Jansen: „Hier wird sich nie was ändern“**

pel angeboten von „Prussia“ und „Königsberg“. Sie zeigen preußische Embleme oder die Silhouetten der Domruine und des geschleiften Königsschlusses.

Kein Tabu mehr ist auch die Frage, ob Kaliningrad nicht wieder Königsberg heißen soll. Stadtchef Chromenko, zur Rückbenennung wohl neigend, hält eine Entscheidung jetzt für verfrüht, da sie „in der älteren Generation Negativreaktionen auslösen könnte“. Doch Jurij Iwanow, 62, Vorsitzender des Sowjetischen Kulturfonds von Kaliningrad, ist da ganz anderer Meinung. Die Verquickung des Namenspatrons Kalinin mit dem stalinistischen Unrechtssystem werde ohnehin die baldige Umtaufe notwendig machen: „Die Stadt muß ihren historischen Namen wiederbekommen.“

den letzten Kriegstagen verschwundenen Bernstein-Zimmer. Der Kulturbundchef ist sicher, daß die Kisten mit dem Kunstwerk noch immer in der Umgebung der Stadt verborgen ruhen.

„Irgendwann einmal“, so träumt der russische Schöngest Jurij Iwanow, „werden wir mit Königsberg eine eigene baltische Republik gründen.“ Deren Spezifik solle es dann sein, „daß hier alle leben können, die das wollen: Russen, Ukrainer, Balten, Deutsche“.

Zumindest mit den Deutschen aber wird das noch eine schwierige Partie werden, und wie sie endet, ist schwer vorauszusagen. 140 Kilometer östlich von Kaliningrad, schon nahe der litauischen Grenze bei Nesterow (Stallupönen), sind vor einigen Monaten die Jansens mit 27 sowjetdeutschen Familien aus Kirgisien eingetroffen. Dem Vor-

Albanien

## Erde der Väter

Tirana ermuntert die griechische Minderheit zur Flucht, Athen wird mit dem Ansturm nicht fertig.

**A**m Neujahrstag rief Ministerpräsident Konstantin Mitsotakis zur Krisensitzung. Generalstabschef Ioannis Veryvakis erhielt den Befehl, sofort das Kommando an der nordwestlichen Grenze zu übernehmen.

Die Armee sollte den Flüchtlingen helfen, die zu Tausenden Albanien verließen. Über 3000 Menschen kehrten allein zwischen dem 29. Dezember und Silvesterabend dem Land der Skipetaren panikartig den Rücken.

Fast alle Flüchtlinge sind ethnische Griechen, die seit Jahrhunderten in Südalbanien leben und nun aus Furcht vor einem Pogrom im Mutterland Zuflucht suchen; sie erwarten, daß die von Staats- und Parteichef Ramiz Alia eingeleitete Demokratisierung scheitern und in einen Bürgerkrieg ausarten könnte.

Die christlich-orthodoxen Griechen bilden die größte Minderheit unter den 3,2 Millionen Albanern, von denen 73 Prozent Moslems sind. Athen schätzt die Zahl der Volksgriechen im Nachbarland auf 400 000, die offizielle albanische Statistik weist nur 59 000 aus.

Um die Bevölkerungsstruktur der überwiegend von Griechen bewohnten